

Bezugspreis:
Wöchentlich 55 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Ungarn, Rumänien wöchentlich 1,30 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Goldbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erziehung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeitwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506 2507

Dienstag, den 12. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontogewalt, Teufelstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Spaltenbreite 6,70 Goldmark, Reklamspalte 8,20 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,30 Goldmark (zweifach zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenpreise das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckfertig sein. Berlin SW 68, Einbroschur abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Internationale Arbeitszeitkonferenz.

Eine Anregung der englischen Arbeiterregierung.

London 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts über die Festlegung der Regierungserklärung stattgefunden haben, soll, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ein Projekt des Arbeitsministers Tom Shaw, die Arbeitsminister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuladen, eine Rolle gespielt haben. Es soll sich vor allem darum handeln, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu beschleunigen und den achtstündigen Arbeitstag international festzusetzen. Auch Deutschland, das das Washingtoner Abkommen bisher noch nicht ratifiziert hat und von woher dem Achtstundentag neue große Gefahren drohen, wird zu dieser Konferenz eingeladen werden.

Die begrüßenswerte Initiative des englischen Arbeitsministers stützt sich auf einen Teil des Friedensvertrages von Versailles, der zu den am wenigsten zitierten gehört, weil in den Kreisen der Unternehmer eine internationale Verschwörung des Schweigens gegen ihn besteht. Es ist das der Teil 13, der von der Organisation der Arbeit handelt. In seiner Einleitung ist angeführt, daß der Weltfrieden „nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit“ ausgeführt werden kann, und es wird weiter erklärt, daß „Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit sozialer Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Weltfriede gefährdende Unzufriedenheit entsteht“. Weiter wird gesagt, daß „eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, z. B. hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festlegung eines Höchstmaßes des Arbeitstages und der Arbeitswoche“. Zu diesem Zweck ist das Internationale Arbeitsamt begründet worden, dem bekanntlich der französische Sozialist Albert Thomas als Direktor vorsteht. Es sollen Übereinkommen geschlossen werden, deren Einhaltung durch wirtschaftliche Strafmaßnahmen erzwungen werden kann.

Unter den Grundsätzen, über die vor allem eine Einigung erzielt ist, nennt der Vertrag als vierten:

Annahme des Achtstundentags und der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall, wo es nicht erreicht ist.

Am 29. bis 31. Januar tagte nun in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, worüber hier schon berichtet worden ist. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Arbeitergruppe einen Antrag eingebracht hatte, der auf schnelle Ratifizierung der Konvention über den Achtstundentag drängte. Die deutschen Industriellen nahmen dagegen Stellung und sandten die kräftigste Unterstützung bei dem Vertreter Frankreichs, Pinot, der erklärte, daß Deutschland zur Verlängerung der Arbeitszeit gezwungen sei, um die ihnen im Friedensvertrag auferlegten Reparationen bezahlen zu können. Vergebens wies der deutsche Arbeitervertreter Genosse Leipart darauf hin, daß es andere Wege zur Erhöhung der Produktion gebe als die Verlängerung der Arbeitszeit. Unterstützung fand er nur bei der Vertreterin der neuen englischen Regierung, Mrs Margaret Bondfield. Der deutsche Regierungsvertreter unterließ es, auf den entscheidend wichtigen Umstand hinzuweisen, daß gerade der Vertrag von Versailles selbst die Bezahlung der Reparationen durch Verlängerung der Arbeitszeit ausschließt.

Hier ist der Punkt, an dem offenbar die Initiative der englischen Arbeiterregierung einsetzt. Will die deutsche Regierung nicht den deutschen Arbeitnehmern die Ueberzeugung beibringen, daß ihre Interessen von einer fremden Regierung besser gewahrt werden als von der eigenen, so wird sie ihre bisherige unter dem Einfluß der Unternehmer stehende Haltung aufgeben und die englische Anregung kräftig unterstützen müssen. Es ist nur ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eine aus den Reparationslasten entspringende Bedrückung des eigenen Volkes zu verhindern, die dem Versailler Vertrag nicht nur nicht verlangt, sondern geradezu untersagt wird.

Macdonald beim König.

London, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald wurde heute vom König in Audienz empfangen. Wie verlautet, erstattete er dabei dem König Bericht über die Handlungen der Regierung in den ersten drei Wochen ihrer Existenz, und gab ihm einen Ueberblick über die Politik, die er am Dienstag in seiner Programmrede im Unterhaus entwickelt würde.

unmöglich sein, derartige Schuldschreibungen zu schaffen, die einen bestimmten Teil der nichtsom garantiertem künftigen Zahlungen Deutschlands darstellten. Bedingung sei jedoch, daß sie die Möglichkeit böten, die deutsche Schuld in eine Handelschuld, die französische Reparationsforderung in eine Forderung umzuwandeln, die sich auf Staatsangehörige aller Länder verteile.

Baldwin wieder Führer der Konservativen.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In seiner letzten Rede gab Baldwin zu, daß die Politik der Reform der Schutzolltarife, über die die Partei bei den letzten Wahlen eine Niederlage erlitten hätte, fallen gelassen werden müßten, bis zu dem Zeitpunkt, wo das Land durch Erziehungsdarlehen dafür selbst gemacht sein würde. Die künftige Politik der konservativen Partei würde jedoch dahin gehen, den notleidenden Industrien ganz besonders zu helfen, was erreicht werden könnte durch eine Erweiterung der Grundzüge des bereits bestehenden Gesetzes zum Schutze der nationalen Industrie. Die Forderung der Meißbegünstigung innerhalb des britischen Weltreiches würde im Parteiprogramm aufrechterhalten bleiben. Andererseits würde, sagte er, die Zukunft Englands aufs Spiel gesetzt werden, da das britische Reich den einzig sicheren Absatzmarkt Englands bilde. Daraufhin wurde Baldwin einstimmig wieder zum Vorsitzenden in der konservativen Partei gewählt.

Ein Schuldenregelungsplan.

Paris, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeitung „Excelsior“ behauptet, es sei von amerikanischer Seite folgende Anregung gemacht worden, um das Problem der internationalen Schulden zu lösen. Der Plan gehe dahin, daß Amerika bereit wäre, gegen Ueberlastung der britischen Kolonialinsel Jamaica in Westindien seine Forderungen an England zu schieben und die Bezahlung der französischen Schulden an England selbst zu übernehmen während Frankreich seinerseits seine westindischen Besitzungen (nämlich die Inseln Martinique und Guadeloupe) England überlassen würde. Es wird jedoch hinzugefügt, daß dieser Plan nicht neu sei und daß sowohl Lloyd George wie Baldwin ihn seinerzeit im Namen Englands abgelehnt hätten.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Der Text des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages ist jetzt veröffentlicht worden. Der Vertrag ist abgeschlossen für Deutschland von Dr. Biedfeldt, für Amerika von Hughes. Der Vertrag umfaßt 33 Artikel und ist in deutscher und englischer Sprache ausgefertigt. Der Vertrag bezieht im wesentlichen auf dem Grundlag der gegenseitigen Meißbegünstigung. Er gilt für zehn Jahre, vom Tage der Ratifizierung ab, die noch aussteht.

Um den Achtstundentag.

Die Ausführung der Arbeitszeitverordnung.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Regierungen der Länder vor einigen Tagen einen Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung mit der Bitte um Stellungnahme zugehen lassen. Dieser Entwurf entspricht keineswegs auch nur annähernd den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer, ganz besonders aber geben die Ausführungsbestimmungen zum § 6 der Arbeitszeitverordnung Anlaß zur Kritik. Dieser Paragraph regelt bekanntlich die behördliche Zulassung einer längeren als der achtstündigen Arbeitszeit.

Eine längere Arbeitszeit kann nach § 6 zugelassen werden, soweit sie aus betriebstechnischen oder aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Was nun unter „allgemein wirtschaftlichen Gründen“ zu verstehen ist, sagt die Verordnung nicht. Um so mehr aber darf man erwarten, daß die Ausführungsbestimmungen eine nähere Umschreibung dieses recht dehnbaren Begriffs bringen werden. Leider aber versagt der jetzt vorliegende Entwurf des Reichsarbeitsministeriums in dieser Beziehung vollkommen. Anstatt eine nähere Darlegung zu bringen, wann die eine Verlängerung der Arbeitszeit gebietenden „allgemein wirtschaftlichen Gründe“ als vorliegend erachtet werden sollen, begnügt er sich damit, zu sagen, daß bei Prüfung der Anträge auf Zulassung einer erhöhten Arbeitszeit gebührende Rücksicht auf die bei der wirtschaftlichen Lage erforderliche Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung zu nehmen ist.

Dieser Wortlaut läßt die Auslegung zu, daß jede Arbeitszeitverlängerung zugelassen werden soll, wenn sie nur eine Steigerung oder Verbilligung der Produktion zur Folge zu haben verspricht. Sonst aber schon die Notwendigkeit der Steigerung und Verbilligung der Produktion — und diese liegt ja heute in Deutschland für alle Industriezweige vor —, so würde das bedeuten, daß jedem Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit stattgegeben werden muß und damit der Achtstundentag von der Regel bald zur Ausnahme werden wird.

Man kann doch unmöglich in einer verlängerten Arbeitszeit einen weiteren Ausgleich schaffen wollen für alle jene zahlreichen, die Produktion so außerordentlich belastenden Mißstände der deutschen Wirtschaft, wie zum Beispiel die infolge des billigen Arbeitslohns jahrelang betriebene Vernachlässigung der Betriebe in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht und vor allem die preisverteuernde Syndikatspolitik, die die Herstellungskosten des unter den ungünstigsten Umständen, d. h. in dem technisch und wirtschaftlich rückständigsten Betrieb hergestellten Produkts maßgebend sein läßt für alle im Lande produzierten gleichen Waren. Alle aus dieser Mißwirtschaft resultierenden Lasten sind schon in mehr als ausreichendem Maße durch die ungeheure Lohnreduzierung auf die Arbeiter abgewälzt worden. Eine weitere Verringerung des Anteils der Arbeit an den Gesamtproduktionskosten der Waren durch Verlängerung der Arbeitszeit dürfte den Unternehmer nur allzu leicht verleiten, von der so außerordentlich notwendigen wirtschaftlichen und technischen Reorganisation seines Betriebes auch weiterhin Abstand zu nehmen. Damit aber würde gerade das Gegenteil dessen erzielt, was erreicht werden soll, nämlich eine Steigerung der Produktion.

Welcher volkswirtschaftlich auch nur halbwegs gebildete Mensch wird glauben, daß diese die deutsche Wirtschaft so sehr belastenden Mißstände in ihrer preisverteuernden Wirkung auf die Dauer durch Arbeitszeitverlängerung bei einem größtenteils unter dem Existenzminimum liegenden Arbeitslohn aufgehoben werden können? Es muß deshalb in den Ausführungsbestimmungen unbedingt betont werden, daß eine Arbeitszeitverlängerung im allgemeinen nur dann zugelassen werden darf, wenn einwandfrei erwiesen ist, daß die Verteuerung oder Verringerung der Produktion gegenüber ihrem Friedensstande durch Arbeitszeitverkürzung oder doch geminderte Arbeitsleistung verursacht ist. Aber auch dann darf die Arbeitszeitverlängerung erst als letztes Mittel angewandt werden. „Allgemein wirtschaftliche Gründe“ gebieten erst dann eine Verlängerung der Arbeitszeit, wenn andere Wege zur Erzielung einer Produktionssteigerung nicht gangbar sind.

Weiter ist in den Ausführungsbestimmungen festzulegen, daß nicht die privatwirtschaftliche Rentabilität entscheidend sein darf für die Zulassung einer Arbeitszeitverlängerung, sondern lediglich die volkswirtschaftliche. Möglich ist, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit zwar eine — wenn auch nur vorübergehende — Produktionssteigerung erreicht werden kann, daß aber die verlängerte Arbeitszeit zugleich eine Gefährdung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter und somit einen unrationellen Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft, der letzten Endes die Gesamtproduktion wieder belasten und verteuern muß, darstellt. Ein Augenblickserfolg darf auf keinen Fall mit dauernder Schädigung des für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands wichtigsten Produktionsfaktors erkauft werden.

Botschafter Hoersch bei Poincaré.

Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens und einer neuen Denkschrift.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag auf Wunsch Poincarés verlagte Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des neuen deutschen Botschafters Herrn v. Hoersch hat am Montag nachmittag um 2 1/2 Uhr stattgefunden. An den formellen Akt hat sich eine Ansprache angeschlossen, die etwa 45 Minuten gedauert hat und die inhaltlich an den letzten deutsch-französischen Notenwechsel über ein Modus-vivendi-Abkommen des Rheinlands anknüpfte. Die rein negativen Argumentationen des letzten französischen Memorandums vom 11. Januar wurden von Herrn v. Hoersch in eingehenden Darlegungen widerlegt und richtiggestellt. Eine neue Denkschrift der deutschen Regierung, die von Herrn v. Hoersch im Anschluß an die Unterredung überreicht wurde, formulierte nochmals eingehend den Standpunkt der deutschen Regierung in all den Fragen, deren löstewalige Regelung sie als die Vorbedingung der Wiederangabelegung des wirtschaftlichen Lebens in den besetzten Gebieten betrachtet. Auch das Reparationsproblem wurde im Laufe der Unterredung aufgeworfen und eingehend behandelt.

Grafmann bei den Sachverständigen.

Der erste Sachverständigenausschuß setzte gestern seine Untersuchungen fort und empfing zunächst den Vorsitzenden des Reichslandbanking-Frh. v. Wangenheim und am Nachmittag den zweiten Vorsitzenden des ADB, Genossen Peter Grafmann.

Neue Reise Schacht nach Paris.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Sachverständigenausschüsse werden hier am nächsten Montag zu einer Sitzung zusammenzutreten, um mit dem Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, die Beratungen über die Errichtung einer Goldemissionsbank fortzusetzen.

Frankreichs Ziel.

Paris, 11. Februar. (WB.) Der „Temps“ schreibt: Das Ziel der französischen Politik soll die darin bestehen: kein Gebiet, kein Pfand, keinen Zwang, Kontrolle und Beitreibungsmittel aus der Hand zu geben, es sei denn, im Austausch gegen bürdenfähige Schuldverschreibungen, die tatsächliche Zahlungen darstellen. Wenn diese Garantien, mit deren Ausarbeitung die Sachverständigen beschäftigt seien und die die Reparationskommission funktionieren werde, tatsächlich wirksam würden, so dürfte es nicht

Besondere Aufmerksamkeit ist der Frage der Verlängerung der Zulassungen verlängelter Arbeitszeiten zu schenken. Der Entwurf sagt, daß die Behörden die Bewilligungen in geeigneten Fällen durch befristete Maßgaben einschränken und angemessen befristet können. Diese Bestimmung genügt keineswegs. Es erscheint vielmehr notwendig, zu bestimmen, daß alle Bewilligungen kurz befristet sein müssen (bis höchstens zu drei Monaten) und daß eine Verlängerung der Bewilligung über die zunächst vorgesehene Frist hinaus nur stattfinden darf, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, die zur Bewilligung einer verlängerten Arbeitszeit geführt haben, sich nicht wesentlich gebessert haben und der Arbeitgeber nachweist, daß er alles in seiner Macht liegende getan hat, um auch auf anderem Wege, insbesondere durch Ausbau und Vervollständigung des Betriebes in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht, eine Steigerung und Verbilligung der Produktion zu erreichen.

Für die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit kann allein Deutschlands traurige wirtschaftliche Lage geltend gemacht werden. Sobald diese aber überwunden ist, gibt es auch nicht einen einzigen stichhaltigen Grund, um nicht wieder zu der sich in der ganzen Welt einbürgern den achtstündigen Arbeitszeit zurückzuführen. Die Rückkehr zum Achtstundentag darf daher nicht durch langfristige Bewilligungen längerer Arbeitszeit verzögert werden.

Die mit der Zulassung betrauten behördlichen Stellen wären in den Ausführungsbestimmungen anzuweisen, bereits erteilte Bewilligungen — was nach der Verordnung selbst sehr wohl zulässig ist — spätestens nach drei Monaten zu widerrufen, soweit nicht die oben genannten Erfordernisse einer Verlängerung der Frist als vorliegend erachtet werden müssen. Auf jeden Fall muß spätestens drei Monate nach erteilter Bewilligung unter Hinzuziehung der Betriebsvertretung eine Nachprüfung der Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit stattfinden. Die wesentlichste Vorbedingung aber für eine Fristverlängerung muß der einwandfrei erbrachte Nachweis sein, daß auch vom Unternehmer alles im Rahmen des mit den gegebenen Mitteln überhaupt Möglichen geschehen ist, um den Betrieb rationell zu gestalten und die Produktion zu steigern. So wie die Arbeitskraft zu gesteigerter Leistung getrieben wird, muß auch das Kapital angehalten werden, sein Bestes zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands herzugeben. Der Staat darf dem Kapital keine Handhabe bieten, sich auf Kosten der Arbeit zu schonen. Auch das Kapital muß zu intensiver Wirtschaft gezwungen werden, selbst wenn seine Besitzer sich von extensiver Wirtschaft den größeren Profit versprechen.

Die Ausführungsbestimmungen zum § 6 der Arbeitszeitverordnung werden zu einem Prüfstein des ehrlichen Willens der Regierung. Hier hat sie zu zeigen, ob es ihr wirklich nur um die wirtschaftlich zweifellos notwendige Verbilligung und Steigerung der Produktion zu tun ist, ohne deshalb die sozialen Errungenschaften der Arbeitenden mehr als absolut notwendig einzuschränken, oder aber ob sie als willkürliches Instrument des Unternehmertums dieses in dem Bestreben, alle Lasten des verlorenen Krieges und des Wiederaufbaues und die ganzen Unkosten des deutschen Wirtschaftskollapses den Arbeitern und Angestellten aufzubürden, unterstützen will.

Reichstag am 20. Februar.

Der Kleinsten Ausschuss des Reichstags beschloß am Montag, daß der Reichstag am Mittwoch, den 20. Februar wieder zusammentritt. Für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen den Reichstagsfraktionen und der Regierung über die dritte Steuernotverordnung und die Frage der Aufwertung von Forderungen bis dahin zu einem Ergebnis geführt haben, wird sich das Plenum des Reichstags dann zunächst mit dieser Materie befassen. Sollte jedoch eine Einigung über diese Fragen im Laufe dieser Woche nicht zustande kommen, so wird Reichstagspräsident Lobe den Kleinsten Ausschuss Anfang nächster Woche nochmals zusammenberufen zur Festlegung der Tagesordnung. Die Reichsregierung soll mit einer Erklärung über die innen- und außenpolitische Lage und die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes vor den wieder zusammentretenden Reichstag treten. Anschließend soll eine große politische Aussprache die neue Tagung einleiten. Sollte die Regierung jedoch einer Erklärung über die innen- und außenpolitische Entwicklung der letzten Wochen ausweichen, um eine politische Aussprache zunächst zu vermeiden, so dürfte die Tagung des Reichstags mit der Beratung einer der Urträge auf Aufhebung oder Änderung der zahlreich erlassenen Verordnungen der Reichsregierung eingeleitet werden. Am nächsten Montag wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstags als Auftakt zur kommenden Parlamentstagung zusammentreten.

Um die Steuernotverordnung.

Am Sonnabend hatten zwischen der Reichsregierung und je einem Vertreter der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten Besprechungen stattgefunden über die durch die dritte Steuernotverordnung aufgeworfenen Steuerprobleme und vor allem über die Frage der Aufwertung von Forderungen. Diese Beratungen wurden am Montag in Gegenwart des Reichsjustizministers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers fortgesetzt, um vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes eine Verständigung über die Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung zu erzielen. Die Aussicht dazu ist allerdings gering, weil bei den Parteien wenig Neigung besteht, die Verordnung im Sinne der Regierung hinzunehmen; ihr Bestreben geht vielmehr dahin, einen großen Teil der Probleme auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg durch den Reichstag zu erledigen.

Zu den Verhandlungen der Regierung mit den Parteien erfahren wir aus dem Reichstag:

Es handelt sich dabei um die Fortsetzung des Versuches, festzustellen, ob sich im Reichstag eine verfassungsverändernde Zweidrittelmehrheit für die Regelung der Aufwertungsfrage erzielen läßt. Sofern das der Fall sein sollte, will die Regierung diesen Weg beschreiten. Die Verhandlungen des Ausschusses zogen sich den ganzen Tag über hin. Sie ergaben zwar in einer Reihe von Fragen eine Annäherung der Meinungen, in den beiden wichtigsten Fragen jedoch, der Höhe der Aufwertung der privaten Schulden und der Frage der Aufwertung der Anleihen der öffentlichen Körperschaften war eine Übereinstimmung nicht zu erzielen.

In späteren Abendstunden begannen die Erörterungen über die Mietssteuer. Bei diesen Erörterungen handelt es sich um die Frage, ob die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung sich damit einverstanden erklären, daß die Mietssteuer durch Zuschläge zur Vermögenssteuer ersetzt wird. Von dieser Entscheidung dürfte auch die endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion abhängen.

Der Deutsche Mieterbund, Eich Berlin, hat am Sonntag an den Reichstagspräsidenten, den Reichsrat, die beteiligten Minister und sämtliche Reichstagsfraktionen folgendes Telegramm gerichtet: „Der heute versammelte Vorstand des Deutschen Mieterbundes, Eich Berlin, warnt in letzter Stunde dringend vor der Erhebung einer Mietssteuer und vor Goldmieten; er fordert unbedingte Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes, um schwerster Beamtenruhmigung vorzubeugen.“

Deutsche Reichsbahn.

Im Fünfkörnerausschuss des Reichstags kam am Montag ein Verordnungsentwurf über die Schaffung eines Reichsunternehmens „Deutsche Reichsbahn“ zur Beratung. Seit Mitte Dezember ist die Deutsche Reichsbahn betriebl. finanziell auf sich selbst gestellt, da das Reich grundsätzlich Zuschüsse nicht mehr leisten soll.

Diesem Zustand soll nunmehr die Rechtslage angepaßt werden durch Schaffung eines selbständigen Unternehmens unter Auflösung des allgemeinen Reichsverwaltungen. Die Lösung wird nach Auffassung des Reichsverkehrsministeriums dringend notwendig, weil die Reichsbahn Kredite aufnehmen muß. Auf dem Verordnungswege soll zunächst eine provisorische Lösung geschaffen werden; bis spätestens 1. April soll dann eine Gesetzesvorlage an den Reichstag die endgültige Regelung bringen. Auch in Zukunft sollen die Schlusssummen des Eisenbahnbudgets bzw. Voranschlags in den Reichshaushalt eingestellt werden. Der Ausschuss ersuchte die Reichsregierung, mit dem Haushaltsvoranschlag der Reichsbahn alljährlich Voranschläge einer Vermögensbilanz, einer Gewinn- und Verlustrechnung und des letztabgeschlossenen Jahres mit einem eingehenden Geschäftsbericht vorzulegen. Der Reichsverkehrsminister wird auch fernerhin nicht nur der Reichsregierung, sondern auch dem Reichstage über die Reichsbahn Auskunft zu geben haben.

Ein Verordnungsentwurf über die Ermächtigung des Reichsverkehrs- und des Reichspostministers zur selbständigen Aufnahme von Darlehen, allerdings im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister, wurde vom Ausschuss gebilligt. Für die im Interesse der Betriebsverwaltung aufgenommenen Schulden soll das Reich nur mit den Betriebseinnahmen und dem zu dem Betriebe ihrer Verwaltungen gehörigen Vermögen haften.

Erhöhung der Beamtengehälter?

Eine Verordnung, wonach der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist oder ermächtigt wird, neue Sätze für die Grundgehälter festzusetzen, wurde vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Diese Verordnung bezweckt, daß, sobald die Finanzlage des Reiches und die allgemeine Wirtschaftslage es irgendwie gestatten, einer Erhöhung der Goldgrundgehälter der Beamten im gegebenen Zeitpunkt nicht Schwierigkeiten technischer Art hindernd oder verzögernd entgegenstehen, wie z. B. aus einer Vertagung des Reichstags oder infolge Ablaufs der Legislaturperiode. Der Ausschuss ersuchte die Reichsregierung, bei einer künftigen Neuregelung der Gehälter die Frauen- und Kinderzulage wesentlich zu erhöhen. Gegenstand einer längeren Aussprache des Ausschusses wurde alsdann der Entwurf einer Beamtenfestsetzungsverordnung Kapitalgeber sollen in dieser Beziehung in erster Reihe finanzwirtschaftliche Kreditorganisationen und gemeinnützige Beamtenvereine werden. Der Ausschuss empfahl der Regierung, auch den Vorzugsempfängern den Erwerb einer landwirtschaftlichen Siedlung durch die Beamtenfestsetzungsverordnung zu erleichtern.

Der bewaffnete „Stahlhelm“.

Der „Stahlhelm“ ist in den meisten Ländern nicht verboten, weil er angeblich eine unpolitische Zusammenfassung der ehemaligen Frontkämpfer darstellt. Wir machen vor einiger Zeit auf militärische Massenbestellungen der Stahlhelm- und Jungdolche in Sangerhausen aufmerksam. Wie notwendig es ist, dem „Stahlhelm“ auf die Finger zu sehen, zeigt ein weiterer Fall. In Halle wurde ein größeres Waffenlager des „Stahlhelm“ (Gewehre und Handgranaten) ausgehoben. Man wird die Angelegenheit nicht als Einzelfall behandeln dürfen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Provinz Sachsen und in Thüringen wieder allerdaher militärische Vorbereitungen der völkischen Putschfreunde im Gange sind.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Organisation Consul (O.C.), das im Baurauf der Bonnerstudien im Rathenau-Prozess gegen zahlreiche Mitglieder dieser Bewegung eingeleitet worden ist, ist nach mehr als einjähriger Dauer zu keinem Abschluß gekommen. Augenblicklich schweben Ermüdungen darüber, ob der Fall dem Staatsgerichtshof überwiesen oder auf Grund der Neuordnung des Strafverfahrens an die ordentlichen Gerichte abgegeben werden soll. Nach Entscheidung dieser Frage dürfte dann gegen die 40 Beteiligten die Anklage wegen Geheimbündelei erhoben werden.

Das kleine Kaliber.

Von Vena.

Es gibt eine schöne Stadt im Herzen Deutschlands. Da haben manch berühmte Leute gelebt. Da ist auch einmal ein Fürstentum gewesen. Kein Wunder, wenn man dort die Tradition ehrt, d. h. die der vornehmen Kreise. Proletarier haben ja keine Tradition... Man pflegt gesinnungstüchtig alle Bühnensätze aus, welches immer ihr dialektischer Wert sei, sowie eine fürstliche Person darin erscheint, die nicht von Weisheit, Güte, Gerechtigkeit, Edelmut trieft, sondern diese oder jene menschliche Schwäche zeigt — so etwas darf doch bei Fürstlichkeiten nicht vorkommen! — Und man läßt es sich angelegen sein, kulturelle Einrichtungen von Bedeutung zu schaffen, an denen unsere auf soziale Räte und Bildung breiter Volksschichten viel zu sehr eingestellte Zeit achlos vorübergeht. So gründete man im Vorjahr sehr zeitgemäß einen Tanzklub, der sich die Veranstaltung von Tanzturnieren als besonderes Ziel setzte, und gegenwärtig hat man, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, einen Kleinstadlerklub ins Leben gerufen. Kann es Wichtiges geben in dieser Zeit? Unnütz zu sagen, daß wieder eine Reihe von Namen solcher, die vornehme Tradition pflegen, an der Spitze der Vereinigung stehen, und daß sie in einem klaren Programm Aufgaben, Notwendigkeit und Nützlichkeit des Kleinstadlerklub begründen. Diese Notwendigkeit und Nützlichkeit muß jeder begreifen, der nicht flüchtig und unverständlich ist wie mein Freund Fröhe Ahnungslos. Aber mit dem ist eben nichts zu machen.

Wißt ihr, was Fröhe gestern zu mir sagte, als ich ihn auf der Straße traf? — Wie denn das gemeint sei mit dem Kleinstadlerklub? Und wie das kleine Kaliber der Mitglieder festgestellt werde? Ob sie körperlich oder geistig kleines Kaliber haben müßten? Er wollte sich nämlich zur Aufnahme melden, wisse aber nicht, ob er den Ansprüchen genüge. Er sei doch von mittlerer Statur, und geistig sei er auch wohl Mittelmaß, meinte er.

„Nana, Fröhe!“ sagte ich.

„Ja, fährt Fröhe fort, es sei doch eigentlich ein glänzender Gedanke, die Menschen auf ihr Kaliber hin zu prüfen, geistig meine er, denn körperlich habe man es ja schon immer gelernt von der Zeit an, als jener König von Preußen seine geliebten „langen Kerls“ um sich sammelte zu einer Elitegarde, und später, als das „Garde-Regiment“ zum Eintritt in das vornehme Regiment berechtigte. Aber geistiges Garde-Regiment habe man bisher doch nicht überall verlangt, wo es eigentlich wünschenswert gewesen wäre, bei regierenden Herren, Heerführern und Diplomaten zum Beispiel, usw., usw.“

Fröhe Ahnungslos kam wirklich vom Hundertsten ins Tausendste; aber dann meinte er, es würde eine hübsche Ordnung in der Menschheit geben, wenn man die Menschen überall nach ihrem geistigen Kaliber in Klubs sortierte, da kämen die passenden Leute zusammen, wie es sicher der Fall sei in jenem neugegründeten Klein-

stadlerklub, und dann könne man auch weiter die Menschen sehr hübsch und angemessen in die verschiedenen Berufe und Ämter verteilen. Die deutschvölkischen Volkspartei und Redner müßten durchaus von den Kleinstadlerklub gestellt werden. Auch Kommunisten seien sie für gleiche Zwecke zu empfehlen.

„Fröhe, wie willst du aber immer das Kaliber feststellen?“ fragte ich, und er gab mir kleinlaut zu, daß das freilich recht schwer sei, selbst unsere vielen Examina genügen da nicht.

„Aber du wirst mir zugucken, daß es eine große Aufgabe ist!“ rief er begeistert, „und jene Leute vom Kleinstadlerklub haben sicher schon das Mittel gefunden.“

Willehah hatte er Recht.

„Wählst du selbst denn das große oder das kleine Kaliber, Fröhe?“ fragte ich etwas boshaft.

Aber Fröhe gehört zu jener Sorte Berliner, die immer Witze machen müssen von der Art, die man sonst nach der Stadt Kalau benannte, die in alter Zeit durch gute Stiefelwäpfe und schlechte Witze berühmt war. Also Fröhe zog sich mit einem Kalauer aus der Affäre.

Er zeigte auf ein gerade vorübergehendes, besonders hübsches Mädchen von besonders kleiner Statur und sagte:

„Wählst du, beim weiblichen Geschlecht habe ich jedenfalls körperlich das kleine Kaliber lieber und lasse das große stehen, auch wenn es keinem Schleichklub angehört und ich auch nicht.“

Da, solche Antworten gibt einem Fröhe ahnungslos, aber damit hat er selber die bedeutsame Frage nicht gelöst, denn schön wäre es ja wirklich, wenn man immer das geistige Kaliber feststellen könnte, ehe man einen Menschen an irgendeine Stelle stellt. Besonders vor den Reichstagswahlen wäre es nützlich.

Aus Macdonalds Jugend.

Der neue englische Premierminister Ramsay Macdonald hat sich aus einfachen Anfängen zu der weitpolitischen Stellung emporgearbeitet, in der er jetzt die Geschicke des britischen Weltreichs bestimmt. In Bostlemouth einem Dorf in Schottland, geboren, fand er zunächst als Landarbeiter Beschäftigung. Aber bald kam der junge Mensch nach Bristol, und da es ihn nach einem noch größeren Schauplatz zog, so wanderte er zu Fuß, fast mittellos, nach London, dessen Straßen wie er träumte mit Gold gepflastert sein müßten. Doch statt des Goldes fand er auf den Londoner Straßen zunächst nur Hunger und Entbehrung. Eine einbrudersolle Erzählung von dieser ersten Londoner Zeit hat er selbst in einer englischen Zeitschrift veröffentlicht. „Ich konnte keine Seele in London, als ich ankam“, sagt er, „und ich verbrachte einige Wochen damit, die Anzeigenblätter der Zeitungen zu studieren und eifrig nach einer Beschäftigung zu suchen. Wenn ich so mit leerem Magen durch die Straßen irrte, da beneidete ich die Zeitungsjungen, die mit so fetter Kehle ihre Ware ausriefen, und blühte ehrsüchtig zu den Omnibusfahrern auf, deren Benehmen ich eingehend studierte. Ich wäre

auch gern Omnibusfahrer geworden. Aber da war nicht anzukommen. Da ich mit meiner Rente im Rückstand war und trotz größter Sparsamkeit alle meine Vorräte aufgebraucht hatte, so war ich froh, daß ich eine Zeitung als Adressenschreiber 10 Schilling die Woche verdienen, und es war für mich ein weiterer beträchtlicher Fortschritt, als ich eine Stellung bekam in der ich 15 Schilling die Woche bekam. Ein ganzes Jahr lang bestand nun meine Arbeit darin, in einem Keller bei schlechter Beleuchtung Pakete auszusortieren. Aber von Nichts zu 15 Schilling in der Woche war für mich ein großer Erfolg.“

Dieses Jahr, das ich in dem Keller verbrachte, war ein Triumph für mich, denn ich konnte mich mit den 15 Schilling nicht nur selbst ernähren und kleiden, sondern ich brachte auch noch die nötigen Mittel auf, um Vorlesungen an verschiedenen Instituten und am London College zu besuchen, und ich sparte noch genug Geld, um meine Ferien zu Hause in Schottland zu verbringen. Wie ich das anstellte? Nun, ich löste das Problem, mit 30 bis 60 Pfennigen am Tage auszukommen. Ich kaufte mir mein Essen selbst bei den Straßenhändlern; aber mein Hauptnahrungsmittel, Hoyermehl, ließ ich mir aus Schottland schicken, von wo ich es viel billiger bekam. Solch ein Luxus wie Tee und Kaffee, war für mich nicht vorhanden. Aber ich bekam bald heraus, daß heißes Wasser ganz dieselben Dienste leistet, kann ich Tee und Kaffee auch gut schmecken. Zu Mittag aß ich für 20 bis 30 Pfennige in einem kleinen Speisehaus; aber ich muß sagen, daß ich fast immer satt wurde. Meine Arbeitszeit im Geschäft begann um 8 Uhr morgens und dauerte bis 6 Uhr abends. Aber mein Arbeitstag fing schon um 4 Uhr an, denn so früh fing ich schon mit dem Studium der nationökonomischen und politischen Dinge an, die mich interessierten, und da ich am Abend Vorlesungen besuchte, so kam ich nicht vor 11 Uhr ins Bett.“ Nach diesem ersten Jahr in London, das die Grundlage zu Macdonalds Aufstieg bildete, fand er dann eine Stellung als Privatsekretär des ersten Sekretärs des National Liberal Club und kam nun in jene Kreise, von denen seine politische Laufbahn ausging.

Ein Eskimo-Film. Kommt ein anderes primitives Volk ist so oft und so gut beobachtet und in seinen Sitten und Gebräuchen in lebendigen, ja interessanten Bildern festgehalten worden wie die Eskimos. (Willehah gibt es soviel Bücher über sie wie Eskimos selbst.) Aber was ist die packende Schilderung und genaueste Beschreibung gegenüber dem unmittelbaren Leben, wie sie uns der Film vorzubringen kann! Die anderthalb Stunden, die man bei der Erstausführung des bereits außer Deutschland weitbekannten Eskimo-Films „Ronut“ im Theater am Rollendorfplatz verbrachte, waren von einer Spannung und Freude am Mit-erleben erfüllt, daß man wirklich darüber die deutschen Sorgen völlig vergaß.

Eine Filmpredigt hat 13 Monate im nördlichen Kanada gearbeitet, unter vielerlei Strapazen und Schwierigkeiten, um die Aufnahmen für diese einundneunzig Stunden zu erlangen. Um eine Szene — die Walroßjagd — vor den Apparat zu bekommen, mußte sie sechs Wochen auf einer entlegenen Insel verbringen. Dafür ist denn aber auch das mühsame, harte Leben einer Eskimofamilie mit einer Naturtreue und Frische erschlossen worden, die beispiellos ist. Nie denkt man daran — daß man es nicht merken darf,

Der Münchener Kommunistenprozeß.

München, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Urteil im den Kommunistenprozeß lautet für Steinfurtz und Kammerer auf zwei Jahre Zuchthaus, während die übrigen Angeklagten mit kleineren Zuchthausstrafen, die in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden, davonkommen. Zwei der Angeklagten erhielten je ein Jahr Festung, zwei weitere wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es den Angeklagten mit ihren geplanten Sabotageakten in der Hauptsache auf eine Behinderung der Reichsexekutive in Sachsen und Thüringen ankam und erst in zweiter Linie auf die Erleichterung der proletarischen Diktatur.

Rothenbüchler verklagt Kahr.

München, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkriegsminister hat in der Begründung seines Verbots der bekannten Rothenbüchlerschen Schrift behauptet, die Schrift enthalte grobe Unwahrheiten und tendenziöse Entstellungen. Professor Rothenbüchler hat gegen Herrn v. Kahr Strafantrag auf Grund der §§ 185 ff. des Strafgesetzbuches gestellt.

Eine gebotene Ordnungsdanke.

München, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Präsidenten des Amtsgerichts München, Riß, eine der bekanntesten christlichen Ordnungsdankes in München, sind schwere Beschuldigungen wegen Unterdrückungen in seinem Amt als Vorsitzender von mehreren karitativen Vereinen erhoben worden. Auf Kosten armer Zöglinge in Erziehungsheimen führte der Herr Präsident, so lautet u. a. die Anklage, ein üppiges Wohlleben. Der Disziplinarhof für richterliche Beamte hat nunmehr in zweiter Instanz das Urteil gefällt. Es lautet auf eine Geldstrafe von 50 Goldmark und gibt dem Justizminister auf Grund des § 8 des richterlichen Disziplinargesetzes das Recht der Strafverurteilung. Der Generalkriegsminister hatte, wie in der ersten Instanz der Oberstaatsanwalt, Entlassung aus dem Amte beantragt. Wenn man in Betracht zieht, daß die Disziplinarbehörde als erste Instanz trotz des erdrückenden Belastungsmaterials gegen Riß nur einen Verweis aussprach, kann man von einer außerordentlichen Verhärterung des Urteils durch die zweite Instanz sprechen, so daß der Präsident Riß für die Deffektivität gerichtet erscheint.

Dänemark und Deutschlands Not.

Nede Scheidemann in Kopenhagen.

Kopenhagen, 11. Februar. (WTB.) Auf Einladung der dänischen Studentengesellschaft hielt der frühere Reichstagsler Scheidemann gestern nachmittags hier einen längeren Vortrag über die deutsche Not. In der außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung, in der alle Kreise der Bevölkerung vertreten waren, befand sich auch der deutsche Gesandte von Rullus. Der Vorsitzende der Studentengesellschaft, Frisch, begrüßte Scheidemann mit herzlichen Worten als treuen und langjährigen Freund Dänemarks.

Scheidemann begann seinen Vortrag mit einer Schilderung der deutschen Not im allgemeinen und ging sodann im einzelnen auf die Ursache der Notlage der deutschen Wissenschaft ein. Die Hauptursache dieses deutschen Unglücks sei das Versailler Diktat. Dieses sei Deutschland aufzuzwingen worden mit der Behauptung, daß es die Alleinschuld am Kriege habe. Diese Behauptung müsse auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Deutschland habe seine geheimen Archive geöffnet, die Entente habe diese Forderung bisher jedoch abgelehnt. Erst wenn auch die Entente ihre geheimen Archive der Deffektivität zugänglich gemacht haben werde, werde man ein wahres Bild von der Kriegsschuld erhalten. Die Hauptsache sei, daß nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa unter dem Versailler Diktat zu leiden habe. Deutschland stein die furchtbarsten Lasten auferlegt, nachdem man ihm ein Viertel seines Landgebietes, ein Viertel seines wichtigsten Rohstoffgebiets und dann noch die Kolonien weggenommen habe. Röhner ging dann auf die ungeheuren Besetzungskosten im einzelnen ein und erklärte, daß das Versailler Diktat unter den jetzigen Umständen trotz des guten Willens des deutschen Volkes unerfüllbar sei. Zum Schluß richtete Scheidemann einen warm empfundenen

ist selbstverständlich —, daß irgendwo ein Operateur dabei war. Wie diese kleine Menschengruppe in voller Einheit mit der Natur, ganz angepaßt an die Umwelt, unerfütterlich den Kampf um Dasein in Winterkälte und Eisestöße, oft vom Hunger bedrängt besteht, das ist bewundernswert und ermunternd. Wir sehen sie bei der Arbeit des Vorkaufens, wir hören ihnen aufs Wasser, auf ihre mühseligen Vogelschwärme durch die aufsteigenden Schneemassen, wir sind Zeugen ihrer großen Geschicklichkeit bei der Schneefang oder dem Seehundfang (unterm Schnee und Eis des zugefrorenen Meeres) Nichts aus ihrem Leben bleibt uns fremd: sie erbauen ihre Schneehäuser vor unseren Augen, sie jagen sich darin nach aus, um unter ihren Feilen zu schlafen. Ihre treuen Gefährten, die Hunde, werden uns familiär; in einer ergreifenden Szene werden sie des Opfer eines Schneesturms, der sie langsam zudeckt. . . Und trüb, aber wie sie diese Kinder der Natur, deren schwarze Haare so seltsam kontrastieren mit ihrer weißen Welt, so fröhlich und lebenslustig!

Der Film, der täglich auch in der Urania gezeigt wird, ist in seinen Ergebnissen wie Voraussetzungen eine Höchstleistung, die wieder einmal Zeugnis ablegt von dem, was der Film sein kann.

Weder ein Hellscher entlarvt. In der Berliner Psychologischen Gesellschaft wurde der Bericht des Juristen Birnbaum über seine Erlebnisse mit dem Wundermann Reese verlesen, den uns einige ebenso unwillkürliche wie schlecht beobachtende Fälschungen gewisser Weltblätter vor einigen Jahren als Hellscher anpriesen. Birnbaum, der anfangs auch dupliert worden war, aber durch die gewissenhaften Absichten des Reese stutzig geworden war, wandte das nächste Mal besondere Vorkehrungen an und konnte nun einwandfrei nachweisen, daß der natürlich auch von Prof. Schrenk-Rohms approbierte „Hellscher“ ein ganz gewöhnlicher Schwindler ist. Erstaunlich ist dabei, daß dieser nur in seiner Eigenschaft und in seiner Spekulation auf die Dummheit der allzu wundergläubigen Zeitgenossen außerordentliche Hochpreise einen uralten Trick bezog, auf den alle diese Reklame-Impressionisten hereinfielen. Der p. p. Reese schob unter die Jochel, die er hellscherlich lesen sollte, einen falschen und las inzwischen den folgenden schiefen untern Tisch. Das mochten zum Zug halbwegs pfiffige Jungen. Die große Welt aber ließ sich damit hinters Licht führen und streifte dem Pseudoprofessor die Tischen mit Gold. Das schlimmste aber war, daß ein großer Teil der Presse, um so sensationally zu sein, den Schwindler unterstützte.

Urania-Vorträge. Täglich: „Kauz, der Götter“, Dienstag beginnt Dr. Duder einen dreitägigen Zyklus über „Die Sonne“, Mittwoch um 8 Uhr bringt Prof. Böhm über „Die Weltphotographie“, 8 Uhr Herr v. Zuccato über „Die Welt der Vogelzüge“, Donnerstag 8 Uhr beginnt Professor Wagner einen dreitägigen Zyklus über „Asien“, Freitag 8 Uhr spricht Prof. Schindler über „Naturdenkmäler auf der Erde und Weltumwelt“, und am 8 Uhr Dr. A. Kohn über „Neue Entdeckungen über das Werden unserer Väter“.

„Sensibel“. Die holländischen Gouvernementsbehörden in Sint-Truiden, der Geburtsstadt Senina, beschloßen, die Stadt in Sint-Truiden umzubenennen.

Dank an Dänemark für die Deutschland bisher geleistete Hilfe und schloß mit der Bitte um weitere materielle Unterstützung gegen die Not und um moralische Unterstützung in den Bestrebungen für eine Revision des Versailler Diktats.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Danach sprach der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei, Stauning, und empfahl aufs wärmste, das dänische Hilfskomitee in seiner Arbeit für die Linderung der deutschen Not zu unterstützen.

Ruhige Kammeritzung.

Paris, 11. Februar. Die Kammer verhandelte heute nachmittags über Artikel 2 des Gehaltentwurfes betreffend die Durchführung von Ersparnissen und die Erschließung neuer Steuerquellen. Der Artikel sieht vor, daß bis zum Schluß des Haushaltsjahres 1924 in der Staatsverwaltung keine neuen Stellen geschaffen und kein Personal eingestellt werde, abgesehen von dringenden Ausnahmefällen, die durch Verordnung unter Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers geregelt werden sollen.

Der Abg. Bouvier-Papierre verlangt die Streichung des gesamten Artikels, dessen erste Hälfte er für gefährlich hält. Der Kammer müsse die Entscheidung über die Zweckmäßigkeit gewisser Stellen allein überlassen bleiben. Die Beamtentümer könnten die Beamten nicht der Willkür oder den Schikalen einer Regierung aussetzen, die sich des Artikels gegen diejenigen bedienen würde, die sich diesem oder jenem Stichwort nicht fügen.

Der Finanzminister hält dem Redner entgegen, daß es sich in keiner Weise darum handele, die statutenmäßigen Rechte der Beamten anzutasten, sondern darum, die Einrichtung neuer Stellen zu verhindern.

Gegen den Artikel sprach auch der Abg. Léon Blum. Bei der Abstimmung über den Antrag Bouvier-Papierre wird dieser mit 360 gegen 182 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer erledigte weiter eine Reihe von Abänderungsanträgen, u. a. einen Antrag gegen die Subvention der Handelschiffahrt vom Abg. Bouillon, der mit 373 gegen 200 Stimmen abgelehnt wird, nachdem der Finanzminister die Vertragensfrage gestellt hatte.

Die nächste Sitzung findet morgen vormittags statt.

Russische Gefängnisse.

Selbstmordversuch eines bekannten Kommunisten.

Der bekannte russische Kommunist Maslankoff hat Mitte Januar im Gefängnis den Versuch eines Selbstmordes begangen. Im letzten Augenblick wurde er aus der Schlinge befreit und ist am Leben geblieben.

Um die Bedeutung der vorstehenden Nachricht zu würdigen, muß man die Geschichte dieses interessanten Menschen vor Augen führen. Maslankoff, ein Metallarbeiter der Uralindustrie, ist Kommunist seit 15 Jahren und gehörte zur Kerntruppe der Leninischen Partei. In den Jahren des Bürgerkrieges war er, wie die meisten kommunistischen Arbeiter, von Illusionen und überspannten Hoffnungen besetzt; er war an der Front energisch und heroisch tätig. Er war es aber auch, der den Großfürsten Michael (des letzten Zaren Bruder) im Sommer 1918 erschossen hat. Nachdem aber die Bürgerkriege beendet waren und die neue kapitalistisch-kommunistische Politik der Sowjetregierung einsetzte, war Maslankoff, wie auch viele andere kommunistische Arbeiter, für eine terroristische Politik nicht mehr zu haben. Er richtete einen Appell an den Parteivorstand, die alten Methoden der Schreckensherrschaft aufzugeben: „Ihr verhaßt die Bourgeoisie und wir Arbeiter verbluten dabei“. Für derartiges Auftreten wurde er zuerst nach dem Osten verbannt; da er aber auch hier die Unterstützung verschiedener Gruppen sich gesichert hatte, wurde er zuerst nach Moskau zurückberufen und verhaftet und schließlich nach Deutschland in eine sowjetrussische Handelsvertretung befördert.

Im Herbst 1923, mit Erlaubnis seines Parteivorstandes, kehrte er nach Moskau zurück. Diese Rückkehr hing damit zusammen, daß Maslankoff angefaßt an den bevorstehenden deutschen Revolution für Belegung des inneren Parteistrits glauben eintreten zu müssen. Es dauerte aber nicht lange, und er kam wieder ins Gefängnis, um hier schließlich seinen schrecklichen Entschluß zu fassen.

Ueber die Diktatur und den Terrorismus der russischen kommunistischen Partei reden diese Ereignisse eine so deutliche Sprache, daß es sich wirklich erübrigt, noch ein Wort hinzuzufügen.

Begnädigung weisgardischer Offiziere. Die Sowjetregierung hat den zum Tode verurteilten weisgardischen General Popenko und seine 20 Anhänger begnadigt.

Die Wahlen in Thüringen.

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Weimar, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis haben die Parteien folgende Stimmenzahlen auf sich vereint und dementsprechend folgende Mandate erhalten:

| | Sozialdem. | SPD. | Ordnungs- | Völkische |
|----------------|------------------|------------|-------------|------------|
| I. Weimar | 35 200 (3 Sitze) | 38 800 (3) | 110 800 (9) | 17 300 (1) |
| II. Gera | 60 011 (5) | 29 876 (2) | 91 966 (7) | 24 692 (2) |
| III. Meiningen | 48 200 (3) | 32 558 (2) | 93 500 (7) | 13 582 (1) |
| IV. Arnstadt | 40 683 (5) | 50 171 (4) | 88 335 (7) | 21 249 (1) |

Auf die Landesliste entfallen außerdem für die Sozialdemokraten und Kommunisten je ein Mandat, für den Ordnungsbund zwei Mandate, für die Völkischen ein Mandat.

Abgegeben wurden insgesamt 603 215 Stimmen. Davon entfallen auf die SPD. 183 094 (15 Sitze), SPD. 149 205 (12 Sitze), Ordnungsbund 364 601 (32 Sitze), Völkische 76 793 (6 Sitze), Freier Wirtschaftsbund 3326 (0 Sitze), USP. 6196 (0 Sitze).

Dem neuen Thüringischen Landtag, der verfassungsgemäß zehn Tage nach den Wahlen zuammuntreten muß, werden folgende Mitglieder angehören: Aus dem ersten Wahlkreis die Sozialdemokraten Leber, Jena, Kieß, Jena, Vöhms, Weimar; aus dem zweiten Wahlkreis Minister Frölich, Weimar, Minister Grell, Gera, Grändler, Greiz; aus dem dritten Wahlkreis Minister Hermann, Weimar, Cärls, Strunach, Renner, Meiningen; aus dem vierten Wahlkreis Finanzminister Hartmann, Weimar, Staatsrat Bieltzig, Gera, Staatsrat Brill, Weimar. Von den Völkischen wird der bekannte amtliche Agitator Dr. Arthur Dinter mit der „Stunde wider das Blut“ künftig das thüringische Parlament zieren. Die Demokraten entsenden die drei bisherigen Abgeordneten Dr. Krüger, Jrl, Dr. Schulz und Professor Dr. Rosenthal, Jena. Vom Landt und gewählt dessen thüringischer Führer Hoerster und Dr. Wersald, von der Deutschen Volkspartei Dr. Wilmann und der ehemalige Minister in Sonderhausen, Dr. Baum; neu in den Landtag zieht der seiner Partei angehörende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Studentat Kühn, ein. Unter den gewählten Kommunisten befinden sich die bisherigen Abgeordneten Zimmermann, Rosch, Neubauer, Tenner, Gellner, Bischof und Borchardt.

Die 32 auf die Liste des Ordnungsbundes gewählten Abgeordneten verteilen sich etwa wie folgt: 8 Deutsche Volkspartei (bisher 9), 5 Deutschnationale (bisher 4), 12 Kandidat (bisher 10), 3 Demokraten, 2 Vertreter von Handwerk und Wirtschaft sowie 2 Vertreter anderer Berufsstände.

Der ungekrönte König Thüringens, General Haffe, in dessen Vorzimmer bekanntlich ein riesiges Hakenkreuz-Wahlplakat prangt, offendar um die republikanische Zuverlässigkeit der Reichswehr zu demonstrieren, hat also auf der ganzen Linie gegen die „rote“ Mehrheit Thüringens ist befehligt und in allen deutschnationalen Blättern wird dieser Triumph überschmeichelt gefeiert. Wenn General Haffe nicht sehr bald befördert wird, dann gibt es eben keinen Dank im Hause Gehler. Dennoch glauben wir, daß manchem alten deutschen General bei genauerem Nachdenken nicht übermäßig wohl zumute sein wird, wenn er die Aufgaben, die einst der deutschen Wehrmacht zustellen, mit denen verwechselt, die der heutigen Reichswehr aufgetragen werden. Und wenn sich gestern die Herren in der Bendlerstraße gegenseitig dazu beglückwünschten, daß sie das operative Ziel voll erreicht haben, das General Haffe in seinem von uns zitierten Bericht so deutlich gekennzeichnet hatte, nämlich die Erzwingung einer Regierungsmehrheit des Bürgerblocks, so mühten sie doch nach einer objektiven Prüfung des Erfolges einsehen, daß solche „Siege“ mit mathematischer Gewißheit zum Untergang Deutschlands führen müssen.

Wenn das wichtigste Kennzeichen des thüringischen Wahlergebnisses ist ja viel weniger die Schwächung der Sozialdemokratie, als das beträchtliche Anwachsen der beiden extremen Flügelparteien. Wenn sich diese Tendenz in ganz Deutschland verallgemeinern und mit der Zeit von Wahl zu Wahl verstärken würde, dann würde das über kurz oder lang bedeuten, daß in Deutschland eine verhängnisvolle Politik überhaupt nicht mehr möglich wäre, sondern nur noch ein gewalttätiges Austragen der wirtschaftlichen,

sozialen und politischen Gegensätze zwischen den Bosschwerlisten von rechts und links. Ist es übrigens nicht bezeichnend, daß gerade die Parteien am besten abgeschnitten haben, die General v. Seeckt als Obermilitärbefehlshaber mit einem Federstrich verbieten zu können gelaubt hatte? Allein diese Tatsache bedeutet eine schwere politische Niederlage für die jetzigen Inhaber der Exekutivgewalt: Es ist eine alte internationale Erfahrung, daß die Sympathien breiter Schichten des Volkes sich immer instinktiv denen zuwenden, die Gegenstand einer politischen Unterdrückung sind. So war es in Deutschland unter dem Sozialistengesetz und, um ein Beispiel aus neuerer Geschichte und aus einem anderen Lande zu nehmen, sei hier an die Verfolgungen erinnert, die die Regierung Poincaré zu Beginn der Ruhrbesetzung gegen die französischen Kommunisten eingeleitet hatte. Damals, Anfang Januar 1923, war die KPF. in voller Auflösung begriffen, ihr Unterster war nur noch eine Frage von Wochen. Die Verhaftung von Cochin und Genossen, ihre Stellung unter hocherratsenklage bedeutete ihre Auferstehung. Und es wird erzählt, daß der zynische und witzige Abgeordnete Mandel bei der Nachricht dieser Verfolgungen in den Wandelgängen der französischen Kammer höhnisch ausrief: „Poincaré kann eben ohne Kommunisten nicht regieren. Er braucht sie, und weil er sich vor ihrem Verschwinden fürchtet, läßt er ihnen auf diese Art neue Lebenströte ein!“

Es soll zwar hier nicht behauptet werden, daß ähnliche Gedankengänge bei dem Verbot der deutschen kommunistischen Partei mitgespielt haben, denn für so machiavellistisch halten wir dieselben Reichsmehrgenerale nicht, die sonst bei fast jeder Gelegenheit beweisen, wie wenig sie den einfachsten politischen Aufgaben gewachsen sind. Gewiß ist der Reaktion die Sozialdemokratische Partei, die streng auf dem Boden der von ihr selbst mitgeschaffenen Reichsverfassung steht und jede Gewaltspolitik ablehnt, ein viel unangenehmerer und hasserwerterer Gegner als die kommunistische Partei, die scheinbar ihre Lebensaufgabe darin erblickt, dem Bürgertum Vorwände für einen bewaffneten Schutz zu liefern. Trotzdem können wir nicht glauben, daß es die Reichswehr bewußt darauf abgesehen hatte, die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie zu stärken. Wir müssen aber selber feststellen, daß die Wirkung der ganzen Reichsmehrpolitik in Thüringen und im übrigen Reich keine andere sein konnte als die Stärkung der Kommunisten.

Uebrigens verhält es sich mit den Deutschnationalen, obwohl manche Anzeichen dafür sprechen, daß gewisse Reichsmehrstellen trotz aller Verbote von oben heimlich mit einer Partei sympathisieren, die sich auf das Protektorat und die Führerschaft eines Rubenarrich berufen kann. Aber die einzige sichtbare Wirkung der Ausnahmebestimmungen nach dieser Seite war, außer der Stärkung der Völkischen auf Kosten der Deutschnationalen, ein Massenabwanderung der Hakenkreuzler aus ihren verbotenen Verbänden in die sogenannten „Legale“ Organisationen. Gerade in Thüringen sind jetzt der „Stahlhelm“, der „Werwolf“, der „Jungdeutsche Orden“ und ähnliche „legale“ Verbände mit Hakenkreuzern gefüllt, die darin ihre eigenen Zellen und Gruppen bilden und den alten Stamm mit ihren Ideen systematisch und erfolgreich anflecken. Das ist der andere „Erfolg“ des Belagerungszustandes.

Wir meinen, daß dem Reichswehrminister Dr. Gehler, dem alle diese Erscheinungen ebenso gut bekannt sind wie uns, allmählich vor den Folgen seiner „Stüge“ bange werden dürfte. Er selbst hat aber erst vor wenigen Tagen in Weimar erklärt, daß nach der Wahl in Thüringen der Belagerungszustand wohl endlich aufgehoben werden könnte. Wir erwarten bestimmt, daß er dieses Versprechen nunmehr erfüllen wird, nicht allein weil es sich um ein Versprechen handelt, sondern auch, weil das Wahlergebnis selbst am deutlichsten illustriert, wie politisch unklug und für Deutschland verhängnisvoll das System des Belagerungszustandes ist, welches nach vierundneunzig Monaten solche Ergebnisse aufweist, wie die Anwachsung gerade derjenigen Parteien, die sich zum gewalttätigen Sturz der Reichsverfassung bekennen.

Gewerkschaftsbewegung

Personalabbau und Betriebssicherheit der Reichsbahn.
 Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

„Die Abbauperiode hat zahllose Existenzen, die auf die Zusage einer gesicherten Existenz, durch Befehle und Verordnungen gestützt, aufgebaut waren, zerschlagen. Die Dessenlichkeit zeigt wenig Interesse für den Ruin zahlloser Familien. Millionen müssen feiern. Die systematische Hebe in der bürokratischen Presse gegen die Staatsbetriebe und ihr Personal hat mitgewirkt.“

Diese Gleichgültigkeit der Dessenlichkeit kann leicht gebürt werden durch die starke Verminderung der Betriebsicherheit im Eisenbahnverkehr. Wir betrachten es als ein Gebot der Pflicht, die Dessenlichkeit und vor allen Dingen die Fachleute auf die drohende Gefahr hinzuweisen, damit Abhilfe geschaffen werden kann, ehe Gesundheit und Leben der Mitbürger gefährdet sind. Die Gründe für die wachsende Betriebsunsicherheit liegen klar zutage. Die planlosen Abbaumaßnahmen werden in einer Form durchgeführt, die sich in ihrer Gefährlichkeit von den Bahnen noch nicht erkennen läßt. Bei Mitternachtsumschlag und eintretender Erwärmung werden sich die unheilvollen Folgen bald zeigen.

Dem Personalmannschaft glaubt das Reichsverkehrsministerium durch Verlängerung der Arbeitszeit abhelfen zu können. Die tägliche Arbeitszeit soll (ab 10. Februar) u. a. auch in der Bahnunterhaltung von 8 auf 9 Stunden, also um 12 1/2 Proz., erhöht werden. Dieser Vorschlag wird aber bei der Gesamteinparierung von Betriebs- und Bahnunterhaltungspersonal nicht erreicht, weil bei einem beträchtlichen Teil des Betriebspersonals der Verhältniß der Arbeitszeit die bereits erreichte Höchstgrenze der Schichtlänge entzweifelt. Abgebaut sind vom Betriebspersonal bisher 15 bis 20 Proz. und von dem Bahnunterhaltungspersonal etwa 25 Proz. In einigen Direktionsbezirken ist der Abbau noch weit härter. Die daraus entstehenden Nachteile werden vergrößert durch die Witterungseinflüsse des schneereichen Winters auf dem Gleisförderer der Eisenbahn. Die ganze Bahnunterhaltungswirtschaft der letzten Monate bestand im wesentlichen im Schneeräumen. Die Bahnbewachungsdienste konnten bisher ihrem Dienst nur b-mäßig nachkommen, weil der Schnee auf den Strecken und der Bahnhöfen in Maschinenhöhe lag. Es konnten die Schrauben, Bolzen und Nieten, auf deren Güte die Betriebssicherheit besonders beruht, nicht einwandfrei und zum Teil gar nicht nachgeprüft werden. Durch den Frost wird der Untergrund des Bahnkörpers mit seiner Feuchtigkeit und seiner Bettung zu einer betonartigen festen Masse, der jede Flexibilität fehlt. Ferner verleiht der Frost dem Schienen- und Weichenmaterial eine höchst unerwünschte Sprödigkeit, so daß die Möglichkeit für das Versagen von Gleisstrahlen durch das Zusammenknicken dieser unelastischen Elemente erhöht wird. Der scharfe Frost wirkt besonders bei den auf feuchtem Untergrund liegenden und in hügeligen Gegenden dem Siderwasser ausgesetzten Gleisstrahlen die Entwässerungsanlagen unbrauchbar. Das durch den Betriebprozeß sich ausbreitende Wasser schneit in dem Bahnkörper Hohlräume, die sogenannten Frostbeulen. Mit Eintritt des Tauwetters geben diese Frostbeulen nach, und das Gleis wird dadurch häufig aus seiner Richtung gedrängt, und die Betriebssicherheit ist gefährdet. Der Bahnunterhaltungsmannschaft muß daher in der Frühjahrszeit, zumal ausreißende und ausgedehnte Personal zur Verfügung stehen, um solchen Schäden in ihren ersten Anzeichen abzuwehren. Wird jetzt aber der Personalabbau der Bahnunterhaltung so beschleunigt, daß er weit unter dem Friedensniveau liegt, dann ist keine Gewähr für die Betriebssicherheit mehr gegeben. Nicht nur das Eisenbahnpersonal, sondern die gesamte Dessenlichkeit hat das Recht und auch die Pflicht, darauf zu drängen, daß der Personalabbau in der Bahnunterhaltung nicht unter das absolut erforderliche Maß herabsinkt. Ein sinnvoller Abbau muß sich geradezu katastrophal äußern. Und wir müssen schon heute erklären, daß die Schuld an das Reichsverkehrsministerium zurückfällt. Hoffentlich lenkt man ein, ehe es zu spät ist.“

Drohender Streik im Fuhrgewerbe.

Die Fuhrherrninnung hat dem Deutschen Verkehrsband den Lohn- und Montellarif für das Schwer- und Leichtfuhrwerksgewerbe zum 1. Februar 1924 gekündigt. Die Arbeitgeber verlangen bei gleichbleibendem Lohn eine Arbeitszeit von 10 innerhalb 12 Stunden; außerdem sollen sich die Arbeitnehmer verpflichten, bis zu 6 Ueberstunden wöchentlich zu leisten. Hinzu kommen zwei Stunden unentgeltliche Pferdepflege an den Sonntagen, so daß, wenn man bedenkt, daß von den zwei Stunden Pause mindestens täglich eine Stunde zur Arbeit verwendet werden muß, eine wöchentliche Arbeitszeit von 74 Stunden verlangt wird. Weiter sollen der Lohn und in der Spitze von 12 auf 6 Tage, die Lohnzahlung bei Unfällen und Krankheiten nach § 616 des BGB. bis zur Höhe von zwei Dritteln des Lohnes von drei Wochen auf eine Woche abgebaut werden. Damit noch nicht genug, sollen auch die Rechte der Betriebsräte, Obleute und Vertrauensleute erheblich eingeschränkt und sonstige Verschlechterungen eingeführt werden. Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten scheiterten an dem Nachwillen der Arbeitgeber, die unbedingte Unterwerfung unter ihr Diktat forderten. Da die Arbeitnehmer sich diesem unerschämten Verlangen nicht beugen, ordnete der Vorstand der Innung einen Lohnabbau von fünf Mark wöchentlich an. Die Funktionäre, die sich mit diesem rüchlosen, durch die Geschäftsfrage des Gewerbes nicht begründeten Vorhaben beschäftigten, forderten bis zur Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß die sofortige Zurücknahme des Diktats. Ist dieser Forderung bis morgen, Mittwoch abend, nicht entsprochen, werden die Arbeitnehmer über die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen beschließen.

Ausländische Löhnerhältnisse.

Veranlaßt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands mit seiner großen Arbeitslosigkeit, sind in den letzten Monaten zahlreiche deutsche Arbeiter, vor allem Qualitätsarbeiter, ausgewandert. Eines der Ziele dieser Auswanderung war vor allem auch Spanien, das die deutsche Arbeitskraft zu schätzen weiß und dessen angeblich hohen Löhne den deutschen Arbeitssuchenden locken. Um ein Bild über die Lebenshaltungskosten und die in Spanien gezahlten Löhne zu bekommen, hat sich der Verband der Maschinen- und Heizer an das Internationale Arbeitsamt gewandt, dessen Berliner Vertretung nunmehr auch eine Antwort erteilt hat. Daraus ist zu ersehen, daß der Index für die Lebenshaltung, verglichen mit der Vorkriegszeit, zwar auch in Spanien von seinem höchsten Stand im Sommer 1920 mit 202,6 für Madrid und 220 für die Provinzen seitdem gesunken ist, aber das Jahr 1922 hindurch immerhin auf einer Höhe von 173 bzw. 183 sich bewegte gegenüber 100 vor dem Kriege. Auch noch heute ist das Leben in Spanien wie überall in der Welt bei weitem teurer als vor dem Kriege.

Die Löhne der spanischen Metallindustrie schwanken im vergangenen Jahre für Schmiede zwischen 11 Peseten in Barcelona und 8 in Valencia, für Maschinenschlosser zwischen 10 in Barcelona und Biscaya und 8,50 in Valencia. Die innere Kaufkraft dieses Geldes läßt sich leider an dem statistischen Material des I. A. nicht feststellen, obwohl das das Wichtigste wäre für auswandernde Deutsche; das wäre nur an Hand einer Preisstatistik möglich, und die fehlt leider. Deshalb ist zu hohem Maße Vorsicht geboten, gerade Löhnen gegenüber, die die deutsche Einwanderung zurzeit begünstigen. Denn alle jene Länder, in denen wirklich hohe Löhne gezahlt werden, haben die Einwanderung nahezu völlig unterbunden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der drei Länder Deutschland, Schweiz, Frankreich. Ein Maschinenschlosser, der z. B. zurzeit in Deutschland mit 30 M. in der Woche bezahlt wird, erhält in der Schweiz 110 Franken und im Elsaß stellt er sich auf 180 französische Franken. Das Verhältnis ist also 1:3,66:6. Bezahlt man aber z. B. für ein Pfund Butter heute in Deutschland 2,20 M., so kostet dies in der Schweiz 3 Franken, im Elsaß 10 Franken. Hier ist also das Verhältnis nur etwa 1:1,4:4,5. Nehulich ist es bei Fleisch, das in Deutschland mit 1 bis 1,20 M., in der Schweiz mit 1,60 bis 2 Franken, im Elsaß mit 4 bis 6 Franken bezahlt wird; Käse in Deutschland 1,50 M., in der Schweiz 1,80 Franken, in Frankreich 4,50 Franken. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß rein zahlenmäßig die Lebenshaltung in der Schweiz lange nicht doppelt so hoch im Preise ist wie in Deutschland, im Elsaß etwa vier- bis höchstens fünfmal so hoch. Das Lohnkommen des Schweizer ist aber mehr als dreieinhalbmal so hoch, und auch der Franzose lebt heute noch trotz der Inflationsverschlechterung und der dadurch bedingten Teuerung im Lande, an die sich die Löhne nicht anpassen, mit einem sechs- bis höheren Einkommen noch weit besser als der deutsche Arbeiter, der nach wie vor der schlechtestbezahlte Arbeiter der Welt bleibt.

Beginn der Betriebsrätelehre.

Heute beginnen folgende Kurse, an denen noch neue Kollegen und Kolleginnen (nicht nur Betriebsräte) teilnehmen können:
 Zentrum: Sophien-Platz, Weinmeisterstr. 16/17. Staat und Mensch (8 Uhr); Betriebsvertretung und Betriebsrätegesetz (8 Uhr).

Südosten: Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz. Grundlagen der Arbeiterbewegung (6 Uhr) Zimmer 17; Die Arbeiterschaft im Kulturkampf der Gegenwart (6 Uhr) Zimmer 18; Arbeitsverträge und Schlichtungsverfahren (6 Uhr) Zimmer 19; Wirtschaftliche Unternehmungen der Arbeiterschaft (6 Uhr) Zimmer 20; Ökonomie des Einzelnen und der Gesellschaft (8 Uhr) Zimmer 18.

Westlich: Gymnasium, Coblenzstr. 34/33. Volkswirtschaftliche Tagesfragen (6.30 Uhr).
 Hörsäle 12 A, für Kurzarbeiter 1 M., für Arbeitslose unentgeltlich im Bureau der Schule (Engelstr. 24/25, zweiter Hof I). Auch können die Kurse direkt aufgelöst und der Beitrag dort an den Vertrauensmann gerahlt werden.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätelehre.

Die Hungerstreik zum Zehnstundentag.

Dresden, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamte Belegschaft der Kalksteinwerke Doeblich ist ausgesperrt worden, da sie das Diktat der Direktion ablehnte, zehn Stunden täglich zu arbeiten.

Die Arbeiterschaft in der oberbergischen Textilindustrie ist ausgesperrt worden, weil sie die Anerkennung des Saager Schiedspräsidenten über die 57-Stunden-Woche ablehnte. Es handelt sich um etwa 2000 Arbeiter.

Der englische Dockarbeiterkonflikt.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die sich mit den Forderungen der Hafenarbeiter befaßte, machten die Arbeitgeber den Vorschlag einer Lohnerhöhung von 1 Schilling pro Tag. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten dieses Angebot einstimmig ab und bestanden an ihrer Forderung von zwei Schilling Lohnerhöhung. Infolgedessen ist die Lage ernst, doch wird die Hoffnung auf eine Beilegung des Streiks, der am 18. d. M. beginnen soll, nicht aufgegeben.

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie am Montag sind gescheitert. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung um 10 Proz., die Arbeitgeber aber wollen den Lohn um 15 Proz. abbauen und eine Lohnpauschale innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen von 10 Proz. einführen. Die Arbeitgeber lehnten jedoch den letzten Vorschlag der Arbeitervertreter ab, die Löhne um 5 Proz. zu erhöhen.

Sitzung, DDP-Gesellschaften des Siemens-Konzerns! Heute nachmittags 4 Uhr in den Rina-Gesellschaften, Siemensstadt, Schillerstr. 4, Versammlung aller DDP-Arbeiter und -Angestellten. Compensierende Kollegen sind einzuführen. Tagesordnung: „Die politische und wirtschaftliche Lage und die Reichstagswahlen.“ Referent: Genosse Dr. Paul Seel, R. d. R. Parteizweck legitimiert.
Der Fraktionsvorstand.
Sitzung, DDP-Schulmeister. Zu den Besprechungen in der letzten Generalversammlung nimmt eine am Donnerstag, den 14. Februar, nachm. 8 Uhr bei Prof. Dr. Schillerstr. 10a, stattfindende Versammlung aller auf dem Boden der Richtung Amsterdamer liegenden Kollegen Stellung. Es wird das Erscheinen aller Genossen erwartet. Parteizweck legitimiert.
Der Verbandsrat.

Wappeler Kreis Metallinstrumentenarbeiter! Heute, Dienstag, erfindet jeder Betrieb einen Funktionär zwecks Entgegennahme von Informationen in der Zeit zwischen 9 bis 1 Uhr nach dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Rungestr. 30. Auch die Mitglieder der Bundeskommission haben dort zu erscheinen. Spezialisten sind willkommen. Die Besprechungen im Schlichtungsausschuß, am Freitag, morgen, Mittwoch, ist nur für Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Mitgliedsbuch oder Streifenkarte legitimiert.

Verband der Schuhmacher und Lederarbeiter Deutschlands, 10. Februar. Morgen, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, ordentliche Generalversammlung. Die Situation in der Schuhindustrie, 2. Geschäfts- und Kassenbericht, 3. Geschäftsbericht, Mitgliederbuch müssen neben der Delegiertenliste vorzulegen werden. Politische Erklärungen erwartet. Die Ortsverwaltung.
Deutscher Werkmeister-Verband, Chemische Industrie. Vertrauensmännerversammlung Mittwoch abend 7 Uhr in der Geschäftsstelle Engelstr. 24. Tagesordnung: Vertrauensmännerversammlung und Stellungnahme zur Arbeitszeitverlängerung.

Aus der Partei.

Aus den Bezirken Köln und Hagen.

Köln, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine stark besuchte Konferenz des Kreisverbandes Köln der Sozialdemokratischen Partei beschloß sich am gestrigen Sonntag mit den kommenden Wahlen. Nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Riedmüller, der die Politik der Reichstagsfraktion verteidigte, wurde nach langer Aussprache eine Entschließung mit Siebenachtelmehrheit angenommen, in der dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, unbeschadet der Kritik an einzelnen, volles Vertrauen ausgesprochen wird. In dem am kommenden Sonntag in Köln zusammenzutretenden Bezirksparteitag werden die Kandidaten zur Reichstagswahl nominiert. Vorgeschlagen für die Reichstagswahl wurden die bisherigen Abgeordneten Sellmann und Fries sowie die Landtagsabgeordneten Frau Ritschmann-Köhl und Genosse Ruhl.

Gleichzeitig tagte am gestrigen Sonntag eine stark besuchte Delegiertenkonferenz der Partei des Regierungsbezirks Hagen. Nach einem Vortrag des Genossen Sellmann wurde nach mehrstündiger Aussprache in einer Entschließung dem Parteivorstande und der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen.

Wahlvorbereitungen.

Chemnitz, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Sonntag haben die Unterbezirke des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau in Generalversammlungen die Vorschläge für die Reichstagskandidaturen aufgestellt. Im 18. Bezirk (ehemaliger Reichstagswahlkreis Wittweida) erhielten Toni Sender 80 Stimmen, Stücken 77, Ruhn 70, Rinna Schilling 50; im 16. Bezirk (Chemnitz) wurden in Vorschlag gebracht Stücken, Felsch, Schilling, Toni Sender. Im 19. Unterbezirk (Stollberg-Schneeberg) wurde einstimmig Strobel als Spitzenkandidat aufgestellt, ferner mit allen gegen zwei Stimmen Toni Sender und gegen 12 Stimmen Felsch; im 20. Unterbezirk (Schopau-Marienberg) lautet die Vorschlagsliste: Ruhn, Toni Sender, Rinna Schilling, Strobel; im 21. Unterbezirk (Annaberg): Stücken, Strobel, Toni Sender, Ruhn und die Beamtenvorstandsliste.

Halle, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorbereitungen zum halleschen Bezirksparteitag am 17. Februar sind nunmehr beendet. Von insgesamt sieben Unterbezirken des halleschen Bezirkes haben sich nur zwei gegen die jetzige Politik der Parteileitung und Reichstagsfraktion ausgesprochen. Damit dürfte sich eine ungefähre Voraussicht für den Verlauf des Bezirkstages ersehen. Die Opposition innerhalb der Partei verliert auch in Mitteldeutschlandichtlich an Boden.

Verantwortlich für Politik: Gust Reuter; Wirtschaft: J. B.; Gust Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Reuter; Feuilleton: R. G. Höber; Satire und Sonette: Rik Kahlert; Anzeigen: Th. Glaser; Schriftl. Berlin. Verlag: Bernhards-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhards-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Platz 1, Verlag.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Café Zielka, Varta-Kabarett, Friedrichstr. 60, Ecke Leipziger Straße, nachm. 7 1/2, abends 7 1/2, Großes Programm

Koch & Seeland
 auserlesene Fabrikate!

Herrenstoffe „Kammgarn“ 18.-
 Regattastreifen, Gabardine, Mr.

Damenstoffe „Neuhellen“ 12.-
 Rips, Twill, Cotilicé, Mr.

Straußengasse 20/21 Sept. 1893



MASSARY DELFT ZIGARETTE
 Edel wie der Name



„Nackttanz“-Schwindel.

Bei den Versuchen, die in Berlin vorgekommenen Nackt-Abungen mit Kindern gegen die städtische Schulverwaltung und den „sozialistischen“ Magistrat auszuspielen, hat der deutschnationale Landtagsabgeordnete Kimbel nicht nur als Wortführer und erster Angreifer eine wichtige Rolle gespielt. Er hat auch dadurch, daß er im Landtag die Nacktübungen als „Nackttänze“ bezeichnet, ein Schlagwort in die Öffentlichkeit hineingeworfen, das die ganze Angelegenheit von vornherein in ein böses Licht rückt. In der Stadterordnungsversammlung, deren Mitglied Herr Kimbel gleichfalls ist, haben die Deutschnationalen selber in ihrem Antrag den voreilig gebrauchten Ausdruck „Nackttänze“ vermieden und dafür die richtige Bezeichnung „rhythmisch-gymnastische Übungen“ eingesetzt. Aber bürgerliche Zeitungen, und nicht nur solche ganz rechtsstehender Parteien, haben nach der Stadterordnungsversammlung, durch die sie über den Sachverhalt hinreichend belehrt sein konnten, an der Bezeichnung „Nackttänze“ hartnäckig festgehalten. „Nackttänze“ — ja, das ist doch ein Wort, das sich als sensationell wirkende Ueberschrift vermerken läßt, weil es an das Treiben gewisser Kreise erinnert, denen der Nackttanz ein Sinnenziel ist. „Nackttänze“ — das ist, wie der Berliner sagt, „gerade was Schönes“, weil man damit einer gläubigen Leserschaft lo recht vor Augen führen kann, was für eine „verkommene Gesellschaft“ diese Sozialdemokraten sind. Von Berlin aus geht der Schwindel in die Provinz, Tausende von Blättern und Blättchen verbreiten ihn, teils in gutem Glauben, teils in böswilliger Absicht zum Zweck der Bahnmache — und nun weiß man's dort, „wie es in dem sozialistischen Berlin zugeht“. Eine Probe des heißen Bemühens, für die „Nackttänze“ die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, liegt vor uns in einem Artikel, den ein in der Ostpreign erschienenen Blättchen veröffentlicht. Bei dem Verfasser wollen wir den guten Glauben annehmen, solange nicht das Gegenteil bewiesen wird. Was soll man aber dazu sagen, daß er die „Nackttänze“, von denen er gläubig erzählt, auch zum Anlaß nimmt, gegen die Arbeiter-Turn- und Sportverbände loszugehen und die von ihm gepriesene „Deutsche Turnerschaft“ in empfehlende Erinnerung zu bringen? Während und während liest er, daß eine solche Entwertung der Leibesübung nicht die Grundlage der Befreiung Deutschlands sein könne. Der nur mit einem Anfangsbuchstaben unterzeichnete Verfasser soll der deutschnationale Vorkämpfer eines Männer-Turnvereins sein, der im Ort besteht und zur „Deutschen Turnerschaft“ gehört. Das Bedürfnis, durch diesen Artikel für Deutschlands Befreiung zu wirken, wäre bei ihm begreiflich. Im Kriege soll ihm das nicht nach Wunsch möglich gewesen sein, weil er leider unfähig war.

Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulförderer, Bezirksverband Groß-Berlin, erklärt zu dem Streit um die gymnastischen Nacktübungen, die der Lehrer Adolf Koch mit Schülern und Schülerinnen veranstaltet hat, daß er von den reinen und loslichen Absichten Kochs voll überzeugt ist, daß er es gleichfalls für in der Sache begründet hält, daß ernste Körpererziehung nur bei Lebenden des unbeladeten Körpers ihre Ziele erreichen kann, daß er andererseits die wohlwollendsten Anreize und Vergewaltigungen, die die fröhen Jahre durch rationallistische und zeltliche Kreise erfahren, aufs schärfste ablehnt und verurteilt. Jedoch verheißt der Vorstand nicht, daß er es (wie bisher schon) anstandslos der Mentalität der Zeit (insbesondere der Beschränktheit und Unwohlwolligkeit dieser Kreise, die dem Volke angeblich Sittlichkeit und Frömmlichkeit erhalten wollen, für eine, wenn auch gutgemeinte Uebersetzung erklären muß, wenn man schon heute die beiden Geschlechter und verschiedene Altersstufen zu Nacktübungen veranlaßt. Es wird einer laienhaften Äußerung des Volksempfindens bedürfen, bis die Necessität des Ertragens kann, ohne ihre innere Unsauberkeit auf jene reine Natürlichkeit zu übertragen. Vorläufig werden die Erwachsenen mit ihrer lästernen Auffassung vom Selbe immer wieder die Jugend insistieren. Deshalb heißt es zunächst der Sache der gesunden und schönen Körperentwicklung dadurch zu dienen, daß man die Nacktübungen nach Geschlechtern und Altersstufen getrennt vornimmt. Anders steht es z. B. bei sommerlichem Baden im Freien, wo es die Gelegenheit ergibt. Da wird so wenig wie etwa in Skandinavien Brüderlei reiner Natürlichkeit

Vorschriften machen dürfen. Nur mit der allmählichen, unablässig neu versuchten Verwirklichung der Einstellung der Öffentlichkeit zum menschlichen Körper wird Schritt für Schritt auch der Jugend das reine, naive Verhältnis zu ihrer Leiblichkeit errungen werden können. Der Kampf für die Sittlichkeit und die Jugend wird dabei stets ein Kampf gegen die Dunkelmänner sein müssen. Diesen Kampf auch weiterhin mit Nachdruck — aber auch mit Ueberlegung und unter richtiger Einschätzung aller Zeitverhältnisse — zu führen, wird der Bund entschiedener Schulförderer sich angelegen sein lassen.

Kuriere der KPD.

Aus der „unterirdischen“ Arbeit der Kommunisten.

Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei sind betamäßig schon mehrfach Kurierstellen ausgehoben worden. Unter der Beschuldigung, der verbotenen Kommunistischen Partei Postfach geleitet zu haben, haben sich vor der 6. Staatskammer des Landgerichts I der Techniker Frig W., der Hotelbedienter Alfred B., der Schlosser Otto H., der Arbeiter Joseph P. und die Sekretärin Anna G. zu verantworten.

Am 7. Dezember v. J. wurden die Angeklagten in einem Restaurant durch Polizeibeamte festgenommen. Bei W. wurden mehrere Zettel gefunden, aus denen die Polizei entnahm, daß Frig W. für die verbotene Kommunistische Partei tätig gewesen war. Bei den anderen Angeklagten wurden Pakete mit Nummern der „Roten Sturmflut“ und kommunistische Flugblätter gefunden. Die Angeklagten bestreiten, daß sie nach dem Verbot vom November noch für die Kommunistische Partei tätig gewesen seien. Es habe sich darum gehandelt, Schmarten der Internationalen Arbeiterhilfe auszugeben, die an Arbeitslose ohne Unterschied der Partei und der Konfession verabfolgt wurden. Von besonderem Interesse war das Gutachten des Polizeirates Hennig. Die KPD, so erklärte er, war vor dem Verbot im Reich in 26 Bezirke eingeteilt. Der Bezirk Berlin hatte 20 Unterbezirke, die wieder in Gruppen und Abteilungen zerfielen und zuletzt sogar durch Zehner- und Fünfergruppen die Mitglieder zu erfassen suchten. Auch nach dem Verbot ist diese Organisation weiter aufrechterhalten worden. An Stelle der Gesamtpartei ist ein Direktorium getreten, das nicht gewählt, sondern gestellt wird und sich aus sich selbst ergänzt. Es bestehen Verwaltungsbezirke, u. a. ein Ressort für Ernährung, eine Abteilung für Zerlegung der Reichswehr- und Schutzpolizei, eine Abteilung für Waffenbeschaffung. Eine besondere Abteilung beschäftigt sich mit der Erfassung des Post-, Telegraphen- und Funkendienstes. Die Militärabteilung setzt sich aus den proletarischen Hunderttausenden zusammen, welche jetzt „Ordnungsdienst“ heißen. Gegenwärtig ist die wichtigste Abteilung der Kurierdienste, der, schon früher vorbereitet, jetzt bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet und erweitert wird. Die Internationale Arbeiterhilfe ist nicht als eine rein karitative Einrichtung ohne politischen Einschlag zu betrachten, denn sie ist jederzeit von dem Exekutivkomitee der 3. Internationale in Moskau begründet worden. Neben der Hilfsleistung wird kommunistische Propaganda betrieben. Rechtsanwalt Dr. Weinberg verwies den Sachverständigen darauf, daß an der Spitze der Internationalen Arbeiterhilfe auch sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete ständen, worauf Polizeirat Hennig erwiderte, daß es auch harmlose Ideologen gäbe, die den Zweck der I. A. H. nicht begriffen. Rechtsanwalt Weinberg: Ist es dem Herrn Zeugen bekannt, daß an der Spitze der I. A. H. auch Romain Rolland, Henri Barbusse und Professor Einkeim sowie Maxim Gorki stehen? Junger, harmloser Leute sind mit ihrer Unterschrift unter jedem Aufruf zu bekommen. Wir haben den Antrag gestellt, auch die Internationale Arbeiterhilfe zu verbieten. Aus welchem Grunde es das Wehrkreiskommando noch nicht getan hat, weiß ich nicht.

Staatsanwalt Dr. Burckhard war der Meinung, daß es der Polizei gelungen sei, eine kommunistische Kurierzentrale auszuheben. Man habe nicht erwartet, daß das Verbot den Tod der KPD herbeiführen werde. Tatsächlich gehe sie unterirdisch weiter. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von je einem Monat. Rechtsanwalt Dr. Weinberg wandte sich scharf gegen diesen Antrag. Es sei nicht erwiesen, daß die Angeklagten für die kommunistische Partei gearbeitet hätten. Somit könne nur auf Geldstrafe erkannt werden. Man müsse sich fragen, weshalb nicht gegen die Deutschösterreichische Freiheitspartei, die genau so wie die KPD weiterarbeite, in derselben Weise Anklage erhoben würde. Das Gericht sprach daraufhin P. frei und verurteilte die anderen Angeklagten zu je 150 Goldmark Geldstrafe. Von einer

Gefängnisstrafe wurde Abstand genommen, weil die Angeklagten nicht aus erschöpfter Gefinnung gehandelt hätten.

Frauenmord in der Lymarstraße.

Eine 52jährige mit durchschnittener Kehle aufgefunden.

Am Montagmorgen wurde in der sechsten Stunde in dem Hause Lymarstr. 13 die 53 Jahre alte Frau Klara Lieban in ihrer im zweiten Stock des Hauses belegenen Wohnung im entleerten Zustande — sie war nur mit Strümpfen bekleidet — mit einer tiefen Stichverletzung in der linken Halsseite und mit mehreren schweren Verletzungen im Vorder- und Hinterkopf in einer großen Blutlache neben dem Bette liegend tot aufgefunden.

Die Frau, die dort seit Jahren wohnt und sich in der letzten Zeit als Botenfrau für eine auf dem Wedding beleagene Altfabrik betätigte, war am Montag morgen um 7 Uhr wie gewöhnlich aus dem Hause gegangen und noch von verschiedenen Besuchern gesehen worden. Am Abend ist, nachdem ein bei der Frau wohnender Mieter nach Hause kam, diesem aufgefallen, daß die Frau sich nicht ihrer Gemohnheit entsprechend meldete. Das veranlaßte ihn, in dem Schlafzimmer der Frau nach ihr zu forschen, und er fand sie in dem oben beschriebenen Zustande dort vor. Die benachrichtigte Polizei sperrte den Tatort bis zum Erscheinen der Nordkommission und der Kriminalpolizei ab. Der Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, und die Nordkommission begaben sich sofort an den Tatort. Gerichtsarzt Prof. Dr. Störmer stellte die tödlichen Verletzungen fest. Man vermutet, daß es sich hier um einen an der alten Frau begangenen Lustmord handelt. Die Beamten der Nordkommission haben sofort an Ort und Stelle die Nachforschungen eingeleitet. Es ist aber bis zur Stunde noch nichts ermittelt worden. Nach dem Gutachten des Professors Dr. Störmer muß die Tat in den frühen Nachmittagsstunden begangen worden sein. Zweckdienliche Mitteilungen, wofür eine Belohnung zugesichert wird, nimmt die Kriminalpolizei (Kriminalkommissar Dr. Riemann) entgegen.

Die Volksgesundheit in Gefahr.

In der Kerkzeckammer berichtete Professor Dr. Bennhoff über den Abbaugesundheitslicher Einrichtungen. Indem er warnend auf die der Volksgesundheit drohenden Gefahren hinwies, führte er etwa folgendes aus:

Seit dem Kriege ist das öffentliche Gesundheitswesen in Deutschland ganz erheblich zurückgegangen. In zahlreichen Orten Deutschlands hat man die Ausgaben für die Ausbesserung der Wasserleitungsanlagen gespart, oder man hat in der Wasserkontrolle nachgelassen. Die Folge davon ist ein solches Umsichgreifen der Typhuserkrankungen, daß Preußen z. B. die höchsten Zahlen in ganz Europa hat. Die Zahl der Krankenhausbetten ist in Deutschland um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Seit dem vorigen Jahre sind die Plätze in Lungenheilstätten um 4000 vermindert worden. Die Lungentuberkulose aber nimmt so zu, daß die Sterblichkeit in Berlin schon bald wieder den Stand der bösen Kriegsjahre erreicht hat. Die Berliner Krankenhäuser sind verstopft, zum großen Teil mit solchen Greisen, die anderwärts nicht unterzubringen sind. Da, wo früher Einheitsheit des Gesundheitswesens herrschte, im Bereich der alten Stadtgemeinde Berlin, ist jetzt Zerfall eingetreten. Jeder der sechs Bezirke hat nicht gerührt, bis er seine eigene Gesundheitsverwaltung hatte. Wo früher der Stadtmedizinalrat von Berlin die Verantwortung trug, entscheiden jetzt nebeneinander sechs verschiedene Bezirksstadträte. In der Zentrale der Seuchenbekämpfung und -verhütung, dem Hauptgesundheitsamt Berlin, wird so abgebaut, daß die Wasseruntersuchungen auf ein ganz geringes Maß eingeschränkt werden. Sogar die Wassuntersuchungen und die Untersuchungen der Nahrungsmittel für die städtischen Anstalten sind in Frage gestellt. Diphtheriebestimmern gibt es nicht mehr, Schulklassen gibt es viel zu wenig, obwohl schon wegen der zunehmenden Vererbung der Kinder ihre Zahl vertriehrt werden müßte. Das Badewesen ist in erschreckendem Rückgang. Die Zahl der privaten Badeanstalten ist in Deutschland um weniger als ein Viertel herabgefallen, öffentliche sind vielerorts geschlossen, teilweise sogar gewerblichen Zwecken zugeführt. Auch an den Spitzen will man abbauen. In kurzem geht der Direktor der preussischen Medizinalobleitung in den Ruhestand. Es ist fraglich, ob ein Nachfolger ernannt wird. Den Stadtmedizinalrat von Berlin gibt man für älter aus, als er ist. Man will seine Stelle nicht wieder belegen. Der Stadtmedizinalrat von Reutlin, Dr. Silberstein, be-

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Das wäre der erste Fall dieser Art,“ entgegnete ungläubig der Ingenieur. „Der Mann hat aus ganz offensichtlich politischen Motiven den Polizeipräsidenten erschossen.“

„Ich kann ihn doch nicht fragen: Was soll ich tun, um die Welt zu erlösen?“ dachte Jürgen.

„Und politische Verbrecher werden bekanntlich nicht ausgeliefert.“

Der Hilfsredakteur legte das Brot weg, ergriff ein Papier. „Es ist eine amtliche Depesche, in der das Attentat als gemeines Verbrechen dargestellt wird. Uebermorgen wird er von hier abtransportiert zur Grenze.“

„Aber so ersticke ich eines Tages noch in diesem zähen Sumpf, wenn nicht etwas geschieht.“

„Ich werde noch vor Mitternacht eine Notiz über den Fall in die Redaktion schicken für die morgige Nummer.“

Der ist mitten drin in der Umstürbewegung, dachte, plötzlich entkammt, Jürgen und sah leuchtenden Blickes den Ingenieur an. „Vielleicht können Sie mir doch raten, was ich beginnen soll,“ sagte er, als ob er das, was er nur gedacht hatte, ausgesprochen hätte. „Einen Weg zeigen! Ich tue alles. Ich bin nicht feige!“

Der durch viele Publikationen im ganzen Lande bekanntgewordene sozialistische Agitator, vor dem schon öfters idealistisch gefinnete junge Menschen geflossen hatten, im Blick die Frage, was sie mit ihrem Idealismus anfangen sollten, fragte mit mehr Interesse im Ton, als er hatte: „Haben Sie schon Arbeiterverfassungen besucht?“ und lehnte seine Taschenuhr gegen das Tintenfaß.

„Ich nicht. Aber mein Bekannter!... Er hatte eine Stellung gegründet. Jetzt ist er Mitglied der sozialistischen Partei, und da wird er wohl...“ sagte Jürgen und erdbete tief, als er sah, daß der Agitator ein Lächeln nicht ganz unterdrücken konnte.

„Die Siedlung war vollkommen kommunistisch... Auch diese Siedler konnten es einfach nicht ertragen, das Leben, so wie es ist... Alles zusammen, das Ganze! ist ja eine einzige ungeheure Niederträchtigkeit.“

„Wenn Sie sich dessen nur auch späterhin bewußt bleiben! Dann ist es ganz gleich, welchen Beruf Sie wählen. Wichtig ist dieses Bewußtsein. Möchten Sie das nie vergessen.“

„Das Bewußtsein?“

„Der Mensch kann auch sein Bewußtsein, nämlich das, was der in der Jugend, als noch Protestierender, schon erkannt und sogar tief empfunden und erlitten hatte, mit den Jahren vergessen.“

Jürgen lauschte hinein in sein dunkles Gefühls-Id. „Er kann, ich verstehe Sie schon, in eine gefährliche Schicksalspause hineinschlängern, ja? und in dieser Schicksalspause den Kampf ausgeben: alles verraten, was er erstrebt hatte.“

Der Agitator steckte die Uhr ein. „Höchste Zeit! Sie kommt nicht mehr. Wahrscheinlich ist sie von der Redaktion aus direkt ins „Paradies“ gefahren... Ungefähr das meine ich. Schicksalspause... Wie die das Mädchen ausnützen! Muß die Artikel schreiben und die Zeitung dann auch noch verkaufen.“

„Dann kommt das Geldauswuschschorren. Und wenn dann einer eine Zeitung kauftig, das heißt: brutal genug und nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war, ist er — huch, die Verthe! wie mein Schulfreund sagt — auf Kosten unterdrückter Elendsmenschen ein geachteter Mann.“

„Aus solchen geachteten Männern besteht die herrschende Klasse.“

„Ich habe nämlich erfahren, weshalb Ihnen gekündigt wurde. Sie sind Sozialist!“ Und ob er ihn noch ein Stück begleiten dürfe, fragte Jürgen auf der Straße. „Sie glauben also, daß im Sozialismus alles von Grund auf besser werden würde?“

Der Agitator sprang auf die anfahrende Straßenbahn. „Ich glaube, daß jede Zeitepoche in sich ihre durch den Stand der Produktionskräfte bedingte Aufgabe trägt, die zu erfüllen der zeitbedingte Inhalt des Idealismus aller Kampf- und Opferbereiten ist, und daß die Aufgabe unseres Jahrhunderts in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht, in der Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, in der Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege des Klassenkampfes... Und was die idealistisch gefinnete bürgerliche Jugend unseres Jahrhunderts ansieht, glaube ich, daß sie den wahren, weil zeitbedingten, Inhalt ihres Idealismus eben auch nur in dem

Kampfe um die Verwirklichung des Sozialismus, Seite an Seite mit der Arbeiterklasse, finden kann... Das gilt auch für Sie persönlich. Alle anderen Befreiungs- und Erlösungs-ideen sind Rebel und Wolken in verschiedener Beleuchtung und werden von der bürgerlichen Front glatt verdrängt, so, von ihr selbst gestartet und als Fangangeln ausgeleert.“

Erst in dieser Sekunde, da er das erste Interesse des Agitators fühlte, erkannte Jürgen, daß es anfangs nicht ganz echt gewesen war. Das erstmal in meinem Leben, dachte er, gibt ein ernstzunehmender Mensch mir einen ernstgemeinten Rat, und ich weiß mit diesem Rate nichts anzufangen. Berlebe ihn gar nicht. Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum? Er hätte ebenso gut sagen können: Der Inhalt des Idealismus eines jungen Menschen unserer Zeit kann nur darin bestehen, daß er lernt, ohne Führer den Montblanc zu besteigen oder das Vaterunser von rückwärts zu beten. Jürgen war erwidert.

Tatsächlich aber geschieht das Gegenteil: Die idealistisch gefinnete bürgerliche Jugend steht und kämpft gegen die Arbeiterklasse, gegen die Verwirklichung des Sozialismus, und damit gegen den nächsten großen Schritt zur Befreiung der Menschheit, gegen des Menschen nächsten Schritt zu sich selbst. Diese Jugend erkennt ihre Aufgabe nicht und gerät deshalb in die tollsten Verirrungen.“

So allmählich, wie die Trambahn den Brachstraken, dem Brunkenfeld entrukt und in die Glendseilen der verloberten, nackten Mietskoffern vorgerückt war, hatten die ausgekleideten Fahrkräfte für schlechttafelbedeckte den Wagen geräumt, der nun, überfüllt mit Arbeitern und Fabrikmädchen, keine schmutzige Ladung weiterkletterte durch das Viertel, wo die Rot stand in ihrer ganzen Größe. Hier rollten keine Gummiequipagen, keine Autos mehr. Der Vorfündust gepflegter Damen war niedergegeschlagen und aufgetreten worden von dem dicken Schweigekant der Armut. In dem Wagen, wo noch kurz vorher weiße und frische Gestirter würdige gekühen hatten, hingen jetzt graue Antlitz im Dunst, hautüberzogene Schädel mit tief in die Höhlen versunkenen Augen, die blinnten.

Zwei Menschheiten: eine Menschheit war ausgestiegen; die andere Menschheit war eingestiegen.

Ein winziger, ganz weicher Schöpfung, von einer verackelnden Dakie im Wagen zurückgefallen, bekam irrdende Augen und bestte die fremde, die andere Menschheit an.

(Fortsetzung folgt.)

